

natürlich mobil



A14

**Die „Kanzlerautobahn“
gegen jede Vernunft!**



**Geld sparen und
die Umwelt schonen**



A 14

*700 Mio. Euro
und über 20 Naturschutzgebiete
sollen für eine nutzlose Autobahn
geopfert werden*

Die A 14 – auch „Kanzlerautobahn“ genannt (weil sie von Gerhard Schröder im Wahlkampf versprochen wurde) – soll von Magdeburg über Wittenberge nach Schwerin verlängert werden. Sie verläuft weitgehend parallel zu den vorhandenen Bundesstraßen B 189 und B 5. Das Verkehrsministerium Sachsen-Anhalt schätzt die Baukosten für die gesamte A 14 auf 680 Mio. Euro.

Die A 14 wird nicht durch verkehrlichen Bedarf begründet: Der Bundesverkehrswegeplan prognostiziert für 2015 lediglich 16.000 KFZ pro Tag. Auch kann sie keine wirtschaftlichen Impulse geben: Regionalwirtschaftliche Studien zeigen, dass Straßenbau nur bestehende Wachstumskerne, nicht aber Räume wie die Altmark und die Prignitz stärkt.

Aus Sicht des Naturschutzes ist die A 14 eines der problematischsten Projekte des Bundesverkehrswegeplanes 2003: Sie durchquert oder beeinträchtigt 14 NATURA 2000-Gebiete, 12 FFH-Vorschlagsgebiete und zwei EU-Vogelschutzgebiete. Diese Naturräume gehören zum europäischen Biotop-Netz Natura-2000 und sind durch europäisches Recht besonders streng geschützt. Die Autobahn wird dieses Netz beschädigen, den Lebensraum vieler seltener Tiere und Pflanzen unwiederbringlich zerstören. Artensterben und andere unabsehbare Schäden für die Natur sind die Folgen.

*Alternative: Ausbau
schneller, billiger,
verträglicher*

Anstelle der Autobahn sollte ein verkehrsträgerübergreifendes Konzept für Norddeutschland entwickelt werden, das die Schiene und den öffentlichen Nahverkehr stärkt. Die parallelen Bundesstraßen B 5, B 106 und B 189 können bedarfsgerecht ausgebaut werden. So würde viel Geld gespart, wertvolle Naturräume geschont und den Menschen entlang der Trassen wäre schneller geholfen.



Elbe bei Wittenberge

Gefährdet:
 14 NATURA 2000-Gebiete
 12 FFH-Vorschlagsgebiete
 2 EU-Vogelschutzgebiete

Kein verkehrlicher Bedarf

Die vorhandenen und parallel zur geplanten A 14 verlaufenden Bundesstraßen sind nicht ausgelastet. Die Verkehrsbelastung der B 189 liegt bei weniger als 12.000 Kfz pro Tag und stellenweise bei nur 7.500 Kfz. Die B 5 hat noch niedrigere Werte und auf der B 106 verkehren täglich nur 8.600 Kfz. Solche Verkehrsmengen können mit Bundesstraßen gut abgewickelt werden (Richtwert für Bundesstraße: 16.000 bis 24.000 Kfz/pro Tag). In den Raumordnungsunterlagen für Brandenburg stellen die Straßenplaner selbst fest: „Die Notwendigkeit der A 14 ist nicht durch hohe Verkehrsmengen und überlastete Straßenabschnitte, sondern durch die schlechte Erreichbarkeit ... begründet“ (Erl.bericht S. 12). Altmark und Prignitz sind jedoch weder „schlecht erreichbar“ noch „unerschlossen“. Die Bundesstraßen B 5, B 106 und B 189 sind teils mit Ortsumfahrungen ausgestattet und stellen eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung dar. Sie können bei Bedarf abschnittsweise ausgebaut werden.

Keine seriöse Finanzierung

Der Autobahnbau ist teuer und erzwingt höhere Schulden. Nach der aktuellen Finanzplanung stehen für Verkehrsinvestitionen in den kommenden drei Jahren rund 8 Milliarden Euro weniger zur Verfügung als ursprünglich vorgesehen. Nach Berechnungen des BUND wächst diese Finanzlücke bis 2015 auf etwa 20 Milliarden Euro. Der Autobahnbau verstößt gegen die Grundsätze Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, da eine sinnvolle und günstigere Alternative besteht.

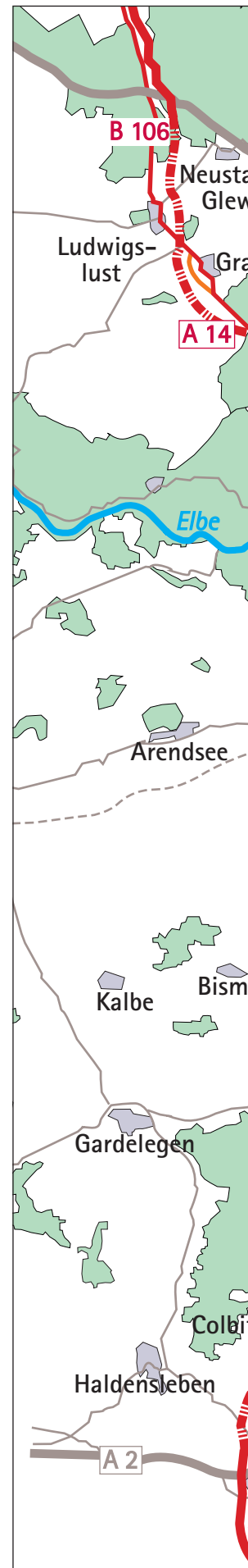
Wertvolle Naturräume werden zerstört

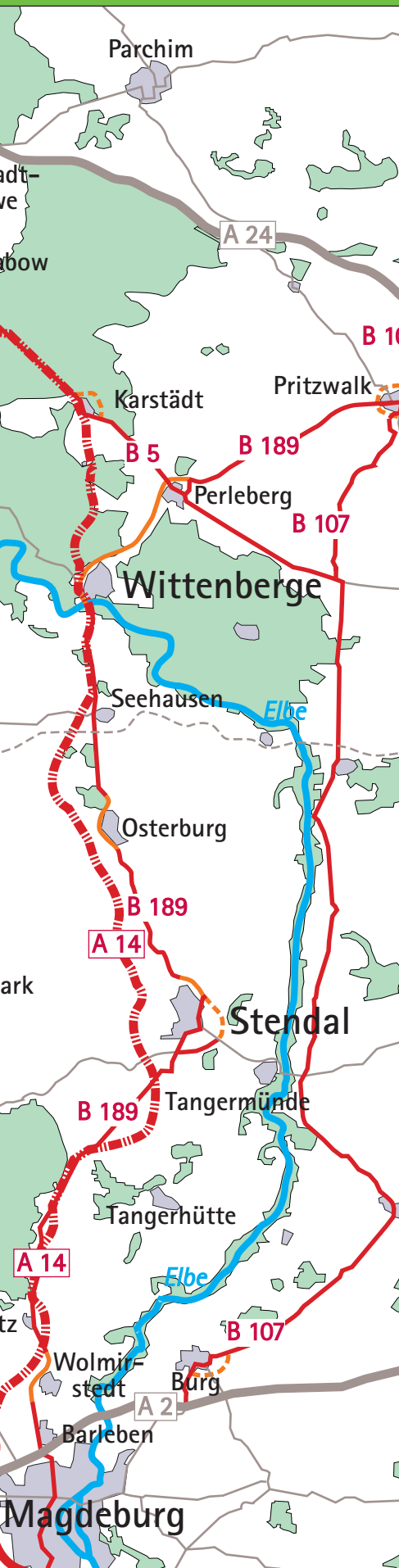
Die ökologische Problematik der A 14 ist durch Bundesregierung und Bundestag anerkannt. Sie haben einen besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrag erteilt. Das Projekt darf FFH-Gebiete nicht beeinträchtigen und die Behörden müssen untersuchen, ob Alternativen wie der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes verwirklicht werden können.

Der naturschutzfachliche Planungsauftrag wurde bisher aber nicht abgearbeitet. Auch die jüngsten Trassenvarianten beeinträchtigen FFH-Gebiete. Alternativen zum Autobahnneubau wurden nicht ernsthaft geprüft. Zudem werden Ergebnisse der Gutachter ignoriert, nach denen Schäden an den Natura-2000-Biotopen nur durch Verzicht auf die A 14 vermeidbar sind.

Gefahr für wachsenden Tourismus

Entlang der Elbe wächst die Bedeutung des „sanften Tourismus“. Die Zahl der Fahrradtouristen nimmt Jahr für Jahr zu. Die Autobahn zerschneidet und verschandelt die Landschaft und macht die Region für Erholungssuchende unattraktiv. Der ständige Verkehrsfluss auf der Autobahn verursacht auch in der Nacht Lärmbelastungen. So zerstört sie Grundlagen bereits existierender und Chancen auf zukünftige Arbeitsplätze.





A 14 schadet der Region

Die Autobahn nützt allein dem Transit zwischen den großen Wirtschaftszentren, nicht dem dazwischen liegenden ländlichen Raum.

Zahlreiche Studien, wie zuletzt von Prof. Dr. Matthias Gather (Fachhochschule Erfurt) und von der „Aufbau Ost“-Kommission (unter Leitung von Klaus von Dohnanyi) belegen, dass Straßenbau heute nicht mehr zu Wirtschaftswachstum führt. Die verkehrliche Anbindung ist nur ein Standortfaktor unter vielen. Lohnkosten, Steuersätze, Bildung, Bevölkerungsentwicklung und innovative Milieus bestimmen die Wirtschaftsentwicklung stärker.

Durch die bessere Erschließung steigt der Konkurrenzdruck, wovon große Wirtschaftszentren profitieren. Unternehmen wandern ab oder müssen schließen. In Thüringen sank die Zahl der Arbeitsplätze in den Landkreisen nahe der Autobahnen stärker als in autobahnfernen Regionen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Puls resümiert: „Mit dem Bau einer neuen Autobahn wird das große Wirtschaftswunder nicht stattfinden“.

Die A 14 kann die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht lindern. Erfahrungen in vergleichbaren Regionen zeigen, dass Autobahnen hohe Arbeitslosigkeit nicht senken. So führen die A 20 in Mecklenburg-Vorpommern und die A 24 zwischen Hamburg und Berlin durch die Gebiete mit den schlimmsten Entwicklungsproblemen in Deutschland.

Keine Aufträge für regionale Bauwirtschaft:

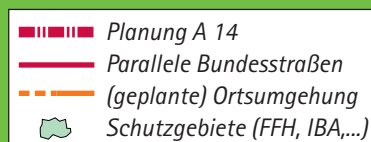
Großaufträge wie der Bau einer Autobahn werden in der Regel an große überregionale Unternehmen vergeben. Kleine und mittlere Unternehmen aus der Region gehen meist leer aus.

Wertverlust von Immobilien:

Durch die A 14 werden bestehende Wohngebiete unbewohnbar gemacht, Wohnhäuser und Grundstücke verlieren an Wert, werden unverkäuflich und von Banken nicht mehr beliehen.

Kein Geld für regionale Infrastruktur:

Da alle Finanzmittel in den nächsten Jahren in das Großprojekt A 14 fließen, gibt es für Projekte des öffentlichen Nahverkehrs und nachgeordnete Straßen kein Geld. Sinnvolle Ortsumfahrungen (wie die für Ludwigslust) und die Sanierung vorhandener Straßen bleiben auf der Strecke.



Ausbau statt Neubau

Die Alternative: einfacher, schneller, billiger und umweltfreundlicher

Nach Auffassung des BUND und der Bürgerinitiativen vor Ort ist der Ausbau der bestehenden Bundesstraßen – insbesondere der parallel verlaufenden B 5, B 106 und B 189 – völlig ausreichend. Dies war auch der Vorschlag der Umweltrisikoeinschätzung im BVWP.

Damit könnten nicht nur Eingriffe in wertvolle Naturschutzräume und in die öffentlichen Kassen minimiert werden. Auch den Menschen entlang der bestehenden Bundesstraßen wäre schneller geholfen. Maßvoller Ausbau der Bundesstraßen und ihre Ausstattung mit Ortsumfahrungen kann die Ortschaften schneller vom Verkehr entlasten.



Falsche Anreize für Verkehrsplanung bei der Finanzierung

Die Vorteile im Einzelnen:

- ▶ Einsparungen von mehreren hundert Millionen Euro,
- ▶ Keine weitere Beeinträchtigung ökologisch wertvoller Flächen,
- ▶ Keine weitere Zerschneidung unzerstörter Flure,
- ▶ Stärkung bestehender regionaler Verkehrsverbindungen,
- ▶ verbesserte Erschließung der Region,
- ▶ Entlastung der Ortschaften durch Ortsumfahrungen,
- ▶ bessere Chancen für die regionale Bauwirtschaft bei der Vergabe von Aufträgen,
- ▶ Stärkung und Erhalt des Wirtschaftsfaktors naturnaher Tourismus.

Neue Wege gehen

Für Länder und Kommunen bestehen derzeit kaum Anreize, sich anstelle von Straßenbauplänen für alternative Mobilitätskonzepte einzusetzen. Die Bundesregierung finanziert Bundesstraßen und Autobahnen zu 100 %. Für umweltgerechte und kostengünstige Alternativen wie die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs oder die Optimierung von Straßennetzen gibt es dagegen zu wenig Geld. Damit in Zukunft intelligente und umweltverträgliche Verkehrskonzepte realisiert werden können, setzt sich der BUND für eine umfassende Reform des Finanzierungs- und Planungssystems für Verkehrswege ein. Wir fordern:

Reform überfällig

- ▶ keine gesetzliche Bedarfsfestlegung für konkrete Straßenbauprojekte durch den Bundestag,
- ▶ die gleichberechtigte Prüfung intelligenter, umweltschonender und verkehrsträgerübergreifender Lösungen in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren,
- ▶ die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung des Umweltverbundes,
- ▶ die frühzeitige Beteiligung von Bürgern und Verbänden.



„Bündnis 189“

Bündnis der Bürgerinitiativen „B 189/B 5 statt A 14“ in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern
www.keine-a14.de

Spendenkonto:

63290 bei der Volks- und Raiffeisenbank Prignitz
(BLZ 160 60122)

BUND-Landesverband Sachsen-Anhalt

Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
Fon 0391/5433361
bund.sachsen-anhalt@bund.net

BUND-Landesverband Brandenburg

Friedrich-Ebert-Straße 114 A, 14467 Potsdam
Fon 0331/23700141
bund.brandenburg@bund.net

BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Zum Bahnhof 20, 19053 Schwerin
Fon 0385/565470
bund.mv@bund.net

BUND-Verkehrsreferat

Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
Fon 030/27586-482 oder -435 · Fax 030/27586-440
tilmann.heuser@bund.net

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
Fon 030/27586-482 oder -435 · Fax 030/27586-440
bund@bund.net · www.bund.net
Text: Stephan Günthner, Susanne Bohlander, Tilmann Heuser
Kartographie: Stephan Günthner
Redaktion: Dr. Norbert Franck (V.i.S.d.P.)
Fotos: Winfried Treutler, Manfred Krauss, Susanne Bohlander,
Ernst-Paul Dörfler



Ich will...

- ... mehr Informationen über Verkehrspolitik
- ... mehr Informationen über den BUND
- ... mehr Umwelt- und Naturschutz. Deshalb spende ich Ihnen _____ Euro
Scheck schicke ich mit. Den Betrag habe ich auf Ihr Spendenkonto-Nr. 232,
Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00, Stichwort BUNDspende überwiesen.
- ... Nägel mit Köpfen machen: Ich werde BUND-Mitglied.

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift